

Bewegungsfreiheit der Palästinenser

In seinem Artikel «Die grosse Wut auf den Diktator» (NZZ 6. 12. 16) schreibt Ulrich Schmid, «dass die Welt den Stillstand im Palästinakonflikt nach diesem Kongress nicht mehr primär Israel anlastet, sondern Abbas. Geschieht das, hätte Netanyahu einen grossen Sieg errungen, ohne einen Finger zu rühren.» Mit dieser Aussage, auch wenn sie noch als Hypothese formuliert wird, scheint der Autor eine für ihn bisher nicht vorstellbare Sichtweise entdeckt zu haben: die Mitschuld der Palästinenser an der derzeitigen Situation.

Pia Holenstein hingegen, folgt man den Gedanken in ihrem Leserbrief (NZZ 12. 12. 16), kann die Tatsachen nach wie vor nicht akzeptieren. Für sie sind die Palästinenser nach wie vor eingesperrt und ohne jede Perspektive dahinvegetierende Opfer einer nicht vorhandenen israelischen Besatzung: «Sie haben nicht einmal die Möglichkeit, ins nächste Dorf zu gehen, und haben keinerlei Rechte.» Natürlich können sie sich bewegen. Dass aus Sicherheitsgründen das Gebiet derzeit in drei Zonen mit unterschiedlichen Verwaltungen geteilt ist, beschränkt sowohl die israelischen als auch die palästinensischen Bewohner in ihrer Bewegungsfreiheit.

Das Problem, das freie Wahlen und damit auch eine mögliche Verbesserung des Zustandes für die Bürger angeht, liegt einzig in der Sorge der Palästinenser, dass ein neu zu gründender eigener Staat die bis anhin reichlich fliessenden finanziellen Mittel verhindern würde.

Esther Scheiner, IL-Zichron Yaakov

Streik bei Lufthansa

Mit Erstaunen habe ich den Beitrag von Werner Enz gelesen (NZZ 9. 12. 16). Wie kommt er darauf, dass die Vereinigung Cockpit lediglich vorgibt, die Interessen der Lufthansa-Piloten zu vertreten? Vielmehr sollte man sich fragen, ob der Lufthansa-Vorstand überhaupt im Sinne der Firma handelt oder ob er im Konflikt mit den Piloten nicht schlicht und einfach nur die kurzfristigen Interessen einiger Aktionäre vertritt, ohne das langfristige Wohl der Firma Lufthansa zu berücksichtigen. Dass die Produktivität im Swiss-Cockpit

An unsere Leserinnen und Leser

Wir danken allen Einsenderinnen und Einsendern von Leserbriefen und bitten um Verständnis dafür, dass wir über nicht veröffentlichte Beiträge keine Korrespondenz führen können. Kurz gefasste Zuschriften werden bei der Auswahl bevorzugt; die Redaktion behält sich vor, Manuskripte zu kürzen. Jede Zuschrift an die Redaktion Leserbriefe muss mit der vollständigen Postadresse des Absenders versehen sein.

Redaktion Leserbriefe
NZZ-Postfach
8021 Zürich
E-Mail: leserbriefe@nzz.ch

25 Prozent über derjenigen der Lufthansa liegt, ist nicht das Resultat eines gutschweizerischen Kompromisses, sondern kam durch die «Erpressungs-Politik» des ehemaligen Konzernleiters der Swiss zustande, welcher jetzt versucht, dieselbe Verhandlungstaktik auch in Frankfurt anzuwenden.

Die Lufthansa-Piloten sind anscheinend die letzte Personalgruppe im Konzern, welche sich im Moment noch gegen den Raubbau am Personal wehren kann. Es wäre zielführender, das Management der Lufthansa würde wieder dazu übergehen, die Zukunft der Firma zusammen mit dem eigenen Personal zu planen und nicht gegen das Personal.

Wie von Werner Enz erwähnt, kommt sich das Personal der Swiss tatsächlich verschaukelt vor, aber primär, weil die Lufthansa ihre verschiedenen Konzernteile bewusst gegeneinander ausspielt und so den Druck auf alle Angestellten im Konzern konstant hochhält. Ein Zusammenwachsen ist da gar nicht vorgesehen, es wäre im Sinne des Managements sogar eher hinderlich. Ob der Management-Ansatz der konstanten Unsicherheit in einer klassischen «High-Risk-Organisation» auf Dauer gutgeht, ist aus meiner Sicht jedoch sehr fraglich.

Thomas Steffen, Kloten
Vorstand Aeropers

Kritisches zur Tabakwerbung

Daniel Gerny, Dr. iur. und Absolvent der Journalistenschule, sollte als präziser Analytiker und Mann des Wortes wissen, dass es keine «Anti-Raucher-Gesetze» gibt, sondern Anti-Rauch- und Anti-Tabak-Gesetze, wenn er denn schon das Präfix «anti» einsetzen will (NZZ 9. 12 16). Der Begriff «Anti-Raucher» ist eine clevere, täuschende, emotionalisierende Erfindung der Tabakindustrie. Auch nicht gerade von präziser Analyse zeugt das besorgte Wort über die Verlage, die Probleme bekämen, fiele die Tabakwerbung ganz weg. Hat Daniel Gerny noch nicht mitbekommen, auf welch tiefstem Niveau die Einkünfte der Verlage aus Tabakwerbung sind? Für diese paar Silberlinge verkauft er seine Seele? Öffentlich sichtbare Tabakwerbung richtet sich vornehmlich an noch nicht Rauchende, also vor allem an Jugendliche. Die Markentreue der Zigarettens-Konsumenten ist eine der grössten, was die Zigarettenersteller wissen. Ein Hersteller betreibt also keine Werbung, um einen Konsumenten von der einen zur anderen Marke zu locken, sondern um neue Konsumenten zu gewinnen. Gegen Tabakwerbeverbote sein ist eines und legitim, falsche Argumente anführen, die jeder Erkenntnis widersprechen, ist das andere. Letzteres unterlasse man bitte.

Dr. med. Karl Klingler
Lungen-Zentrum Hirslanden, Zürich

Ich bin erstaunt, mit welcher Nonchalance Daniel Gerny die epidemischen Wirkungen des Tabakkonsums verharmlost, wie er der Rücksichtslosigkeit der Raucher das Wort redet und wie er die Bemühungen zur Eindämmung der Schäden des Tabakkonsums desavouiert. Das Rauchen führt in der Regel zu Abhängigkeit, Krankheit und Tod. Es ist verantwortungslos und zynisch, die Menschen zum Rauchen zu animieren; aber genau das tut die Tabakwerbung, und zwar in grossem Stil und mit uner-

bittlicher Penetranz. Die kommerzielle Tabakwerbung ist in Wirklichkeit ein schwerer Missbrauch der Wirtschaftsfreiheit und der Meinungsäusserungsfreiheit. Die entscheidenden Akteure bei den Tabakherstellern und Distributoren haben kein Einsehen in dieser Hinsicht, sie haben keinen Sinn für Zurückhaltung bei der Reklame für ihre gesundheitsschädlichen Produkte. Deswegen und weil der Schaden epidemische Ausmasse hat, braucht es Werbeverbote für Tabakprodukte.

Alfred Steyrer, Basel

Wer die NZZ zum Tabakproduktegesetz liest, bekommt den Eindruck, dass diese nicht über Laster «lästern» will, sondern sich daran ergötzt – im Sinne: Lasst uns unsere Sinne im blauen Dunst erquicken. Ja, der Staat soll uns nicht bevormunden, er soll weiterhin auf Verpackungen die härtesten Warnhinweise anbringen lassen, aber das Geschäft soll ruhig weiterlaufen. Die Zahl der Raucher-Toten spielt dabei keine Rolle, Hauptsache, uns wird das Laster zur Wahl und nicht zur Qual gelassen.

Nur etwas vermisse ich wirklich: Die Kosten, verursacht durch das Rauchen, sollten nicht von den Krankenkassen getragen werden, denn der freie Entscheid soll bis zum Schluss gelten.

Max Meyer, Oberengstringen

Die grossmehrheitliche Ablehnung des Tabakproduktegesetzes mit der Ablehnung des Tabak-Werbeverbotes durch unser Parlament (NZZ 9. 12. 16) beweist, dass im Bundeshaus das Lobbying so stark ist, dass den Parlamentariern alle Vernunft nicht mehr hilft. Ich bin enttäuscht und empört, dass unser Parlament von den negativen Aspekten des (positiven) Kapitalismus dominiert wird. Lobbying ist unvermeidbar und in einem gewissen Mass nötig, aber eben nur in einem gewissen Mass! Weshalb ist Werbung für Haschisch verboten, aber diejenige für Tabak nicht? Eben wegen des übertriebenen Lobbyings. Und Werbung lohnt sich: Sylvester Stallone erhielt seinerzeit eine Million Dollar dafür, dass er in einem Film drei Zigaretten einer bestimmten Marke rauchte.

Hanspeter Keller, Kreuzlingen

Betrug an der direkten Demokratie

Das neue Gesetz, welches die Räte nun als Lösung für die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien und die Teilnahme der Schweiz an der EU-Forschungszusammenarbeit «Horizon 2020» verkaufen, ist der grösste Betrug an der direkten Demokratie (NZZ 13. 12. 16). Einermassen ehrlich wäre gewesen, wenn Bundesrat und Parlament die Kapitulation gegenüber der EU eingestanden und zugegeben hätten, dass sie nicht in der Lage seien, den Verfassungsartikel zur Masseneinwanderungsinitiative auch nur ansatzweise umzusetzen.

Noch ehrlicher wäre gewesen, wenn der Bundesrat und eine Mehrheit des Parlamentes zugegeben hätten, dass sie gar nie gewillt waren, die Initiative mit Kontingenten, Höchstzahlen und Inländervorrang umzusetzen. Ich glaube, das Volk hätte dies besser verstanden und eher akzeptiert als diesen Umweg über ein neues Scheingesetz, welches nicht annähernd etwas mit der ursprünglichen Initiative zu tun hat.

Claudio Bachmann, Basel

TRIBÜNE

Die Mär von der Aussortierung

Gastkommentar

von MARIUS OSTERFELD

In den Medien wie auch in der Politik wird heiss diskutiert, ob über 50-Jährige von der Wirtschaft zugunsten von «billigeren» Zuwanderern aussortiert werden. Bevor man nun hektischen regulatorischen Aktionismus entfaltet, hilft ein Blick auf die Fakten, um einen kühlen Kopf zu bewahren. Eingriffe seitens der Politik könnten sogar kontraproduktiv sein.

Keiner der weltweit führenden Industrienationen gelingt es besser als der Schweiz, das Arbeitskräftepotenzial der über 50-Jährigen zu heben. Im Jahr 2015 gingen hierzulande über 79 Prozent der Bevölkerung zwischen 50 und 65 Jahren einer Arbeit nach. Bei Einführung der Personenfreizügigkeit im Jahr 2004 waren es erst 72 Prozent. Bereits damals war dies ein Spitzenwert und reichte unter den OECD-Ländern für Platz 4. Ein Vorteil: 2015 waren gemäss Eurostat über 84,5 Prozent der Schweizer in diesem Alterssegment gut qualifiziert.

Das Schweizer Erfolgsrezept bei den über 50-Jährigen ruht auf zwei Säulen: dem flexiblen Arbeitsmarkt und dem robusten Wirtschaftswachstum im vergangenen Jahrzehnt. Ökonomisch betrachtet, hat die Schweiz zwischen 2004 und 2015 viel richtig gemacht. Einerseits wurde der liberale Arbeitsmarkt nicht durch schwerwiegende regulatorische Eingriffe ausgehöhlt. Andererseits sicherten die bilateralen Verträge der Wirtschaft Zugang zum europäischen Binnenmarkt und zu dem riesigen Arbeitskräftepool der EU. Innovative Schweizer Unternehmen nutzten ihre Chancen und setzten einen exportgetriebenen Wachstumsmotor in Gang. Über eine steigende Binnennachfrage heizten EU-Zuzüger diesen

Das Schweizer Erfolgsrezept bei den über 50-Jährigen ruht auf zwei Säulen: dem flexiblen Arbeitsmarkt und dem robusten Wirtschaftswachstum.

Motor weiter an. Die Folge: viele, sichere Arbeitsplätze und eine nachhaltige Integration der über 50-Jährigen in den Arbeitsmarkt.

Mit der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative ist dieser Wachstumsmotor in Gefahr. Das grösste Risiko besteht in einer allfälligen Kündigung der bilateralen Verträge. Aber auch der Aktionismus rund um die Ausschöpfung des Inländerpotenzials birgt Gefahren. Derzeit rufen beispielsweise die Gewerkschaften laut nach einer Einschränkung der Temporärarbeit oder einem höheren Kündigungsschutz ab 50 Jahren. Für ältere Arbeitnehmende können solche Massnahmen schnell zur Falle werden.

Statistiken von Swisstaffing, dem Branchenverband der Personaldienstleister, zeigen: Suchte ein Temporärarbeitender über 50 im Jahr 2014 eine Feststelle, hat er diese 12 Monate nach einem Einsatz mit einer Wahrscheinlichkeit von 41 Prozent gefunden – gut 12 Prozent weniger als bei Jüngeren. Die Zahlen zeigen: Ältere Arbeitnehmende haben es auf dem Arbeitsmarkt schwerer, eine neue Festanstellung zu finden. Aber dank flexiblen Arbeitsformen wie der Temporärarbeit und befristeten Anstellungen standen fast 93 Prozent der über 50-Jährigen ein Jahr nach einem Einsatz im Erwerbsleben. Flexibilität ist ein grosses Plus, um im Erwerbsleben integriert zu bleiben und eine neue Feststelle zu finden. Im Übrigen: Die Feststellen-Chancen der über 50-Jährigen starten zwar auf niedrigerem Niveau. Monat für Monat steigen sie jedoch für junge wie ältere Temporärarbeitende im gleichen Takt. Die Falle flexible Anstellung ist somit ein gewerkschaftlicher Mythos.

Die gegenwärtige Diskussion um die über 50-Jährigen wird ihrer Leistung nicht gerecht: Ältere Arbeitnehmende bilden in der Schweiz einen riesigen wie wertvollen Talentpool, den die Wirtschaft weitgehend ausschöpft und keineswegs durch vermeintlich günstige Zuwanderer ersetzt. Starke Eingriffe in unseren liberalen, überaus erfolgreichen Arbeitsmarkt werden Langzeitstellungsuchenden nicht helfen. Im Gegenteil dürfte durch starke Regulierung die Arbeitslosigkeit ansteigen. Was wir brauchen, sind daher fokussierte Massnahmen mit Augenmass, die den Betroffenen wirklich helfen und nicht unser Erfolgsmodell als Ganzes gefährden. Flexible Arbeitsformen bauen bereits heute individuelle Beschäftigungsbrücken und ermöglichen einen gleitenden Übergang in den Ruhestand – bis 65 und darüber hinaus. Dieser Weg muss auch in Zukunft gestärkt werden.

Marius Osterfeld ist Ökonom von Swisstaffing, dem Verband der Personaldienstleister der Schweiz.

Neue Zürcher Zeitung

UND
SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT

Gegründet 1780
Der Zürcher Zeitung 237. Jahrgang

REDAKTION

Chefredaktor:

Eric Gujer

Chefredaktorin Neue Produkte:

Anita Zielina

Stellvertreter:

Luzi Bernet, Colette Gradwohl, Thomas Stamm, Daniel Wechlin

Tagesleitung: Colette Gradwohl, Christoph Fisch, Thomas Stamm, Anja Grünenfelder, Daniel Wechlin
International: Peter Rásonyi, Andreas Rüesch, Andres Wüstling, Werner J. Marti, Beat Bombacher, Stefan Reis

Schweizer, Nicole Anliker, Nina Betz, Marie-Astrid Langer, Christian Weisflog, Daniel Steinworth

Schweiz: Michael Schoenenberger, Simon Gemperli, Claudia Baer, Paul Schneeberger, Daniel Gerny, Frank Sieber, Marcel Amrein, Marc Tribelhorn, Simon Hehli
Bundeshaus: Heidi Gmür, Christof Forster, Jan Flückiger
Bundesgericht: Katharina Fontana

Wirtschaft / Börse: Peter A. Fischer, Werner Enz, Ernes Gallarotti, Sergio Aioffi, Thomas Fuster, Christin Severin, Nicole Rüttli Ruzicic, Andrea Martel Fus, Claudia Aebersold Szalay, Giorgio V. Müller, Michael Ferber, Lucie Paška, Hansueli Schöchli, Thomas Schürpf, Zsóé Inés Baches Kunz, Natalie Gratwohl, Werner Grundelmeier, Daniel Imwinkelried, Christof Leisinger, Anne-Barbara Luft, Christoph G. Schmutz, Michael Schäfer

Feuilleton: René Scheu, Roman Hollenstein, Angela Schader, Claudia Schwartz, Andrea Köhler, Thomas Ribi, Uwe Justus Wenzel, Ueli Bernays, Roman Bucheli, Susanne Ostwald, Philipp Meier, Samuel Herzog
Medien: Rainer Stadler

Zürich: Luzi Bernet, Dorothee Vögeli, Irène Troxler, Urs Bühler,

Walter Bernet, Brigitte Hürlimann, Stefan Hotz, Adi Kälin, Natalie Avanzino, Andreas Schürer, Fabian Baumgartner
Sport: Elmar Wagner, Flurin Claluna, Andreas Kopp, Benjamin Steffen, Daniel Germann, Peter B. Birrer, Markus Wanderl, Philipp Bärtsch

Meinung & Debatte: Martin Senti, Andreas Breitenstein, Elena Panagiotidis

Panorama: Katja Baigiger, Susanna Eilner
Wissenschaft: Christian Speicher, Alan Niederer, Stefan Betschon, Stephanie Kusma, Lena Stallmach, Henning Steier, Helga Rietz

Wochenende: Colette Gradwohl, Susanna Müller
Nachrichtenredaktion: Anja Grünenfelder, Manuela Nyffenegger, Nina Fargahi

Webproduktion: Michèle Schell, Roman Sigrist, Susanna Rusterholz
Reporter: Marcel Gyr, Alois Fausi

GESTALTUNG UND PRODUKTION

Art-Direction/Bild: Reto Althaus, Brigitte Meyer. **Fotografen:** Christoph Ruckstuhl. **Blattplanung:** Philipp Müller. **Produktion:**

tion / Layout: Hansruedi Frei. **Korrektur:** Yvonne Bettschen. **Archiv:** Ruth Haener. **Storytelling:** David Bauer. **Video:** Sara Maria Manzo. **Projekte:** André Maerz

WEITERE REDAKTIONEN

Verlagsbeilagen: Walter Hagenbüchle. **NZZ am Sonntag:** Chefredaktor: Felix E. Müller. **NZZ Folio:** Daniel Weber. **NZZ TV / Format:** Silvia Fleck. **NZZ Campus:** Peer Teuwsen. **NZZ Geschichte:** Peer Teuwsen

NZZ-MEDIENGRUPPE

Veit V. Dengler (CEO)

ADRESSEN

Redaktion: Falkenstr. 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 11 11, Fax 044 252 13 29, leserbriefe@nzz.ch, Internet: www.nzz.ch, E-Mail: redaktion@nzz.ch

Verlag: Falkenstr. 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich,

Tel. 044 258 11 11, E-Mail: verlag@nzz.ch
Leserservice: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 10 00, E-Mail: leserservice@nzz.ch, www.nzz.ch/leserservice

Inserate: NZZ Media Solutions AG, Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 16 98, Fax 044 258 13 70, E-Mail: inserate@nzz.ch, Internet: www.nzzmediasolutions.ch

Druck: DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergstrasse 1, CH-8045 Zürich

PREISE ABONNEMENTE (inkl. MwSt.)
Abonnement NZZ inkl. digitaler Ausgaben: 694 Fr. (12 Monate), 378 Fr. (6 Monate), 201 Fr. (3 Monate)

Abonnement NZZ Digital: 504 Fr. (12 Monate), 288 Fr. (6 Monate), 156 Fr. (3 Monate), 52 Fr. (10 Wochen)

Abonnement NZZ Digital Plus: 588 Fr. (12 Monate), 318 Fr. (6 Monate), 171 Fr. (3 Monate), 73 Fr. (10 Wochen). Montag bis Samstag digital, am Samstag zusätzlich die gedruckte Ausgabe

Abonnement Deutschland und Österreich inkl. digitaler Ausgaben: 498 € (12 Monate), 268 € (6 Monate), 135 € (3 Monate), übrige Auslandpreise auf Anfrage

Kombi-Abonnement NZZ und NZZ am Sonntag inkl. digitaler Ausgaben: 816 Fr. (12 Monate), 456 Fr. (6 Monate), 246 Fr. (3 Monate), 90 Fr. (10 Wochen)

Studenten und Lernende: 40 Prozent Rabatt auf Abonnementspreise (mit gültigem Studenten- oder Lehrlingsausweis)

Alle Preise gültig ab 2. 11. 2016

Die Abonnentenadressen werden, soweit erforderlich und nur zu diesem Zweck, an die mit der Zustellung betrauten Logistikunternehmen übermittelt.

Anzeigen: gemäss Preisliste vom 1. 1. 2016

BEGLAUBIGTE AUFLAGE

Verbreitete Auflage: 115 510 Ex. (Wemf 2016)

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen.
© Neue Zürcher Zeitung AG
Kartengrundlage: © OpenStreetMap contributors